

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Zigarrengeschäft Reichele, Matthesstraße 140, sowie durch alle Ausverkäufer zu beziehen. Wochenspreis freibleibend! Für die Woche vom 7. bis 13. Oktober 35 Millionen Mt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verlags- und Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Telegraphisch: Postfach-Ring 1206, Postfach-Ring 3141.
Postfach-Ring: Postfach-Ring Breslau Nr. 3352.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschlossene Anzeigen aus Schlesien 2000 000 Mt., ausw. 2500 000 Mt. Anzeigen unter Text 8000 000 Mt., ausw. 10000 000 Mt., Stellenanzeigen, Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Schand-Anzeigen 700 000 Mt. Kleine Anzeigen pro Wort 200 000 Mt., das letzte Wort 250 000 Mt. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Verfassungsmäßige Diktaturmaßnahmen des Reichstabinetts.

Auflösung des Reichstags? — Steueraufwertung durch Ausnahmeverordnung. — Radikale Ausgabebeschränkung.

Der Reichskanzler Dr. Stresemann empfing am Donnerstagabend in später Abendstunde maßgebende Berliner Pressevertreter, um ihnen Mitteilung zu machen von dem Verlauf der Kabinettsitzung, die im Hinblick auf die Vertagung des Reichstages stattfand. Er hatte zunächst den Auftrag vom Reichspräsidenten, der Presse mitzuteilen, daß sowohl der Reichspräsident wie er selbst entschlossen sind, von dem Recht der Reichstags-Auflösung Gebrauch zu machen, wenn der Reichstag am Sonntagabend nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit zur Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes aufbringt. Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung sollen dann alle notwendigen Maßnahmen in Kraft gesetzt werden.

Das Reichstagskabinet hat bereits am Donnerstag von diesem Wege Gebrauch gemacht, in dem es eine Verordnung über die Aufwertung der Steuern beschloß. Diese Verordnung sieht außerdem eine ganze Reihe wichtiger Vorkehrungen vor. So wird zum Beispiel die beschriebene Vermögenssteuererhöhung, die nur einen ungeheuren Aufwand von Zeit, Arbeit und Geld erforderte, und jetzt in keinem Verhältnis zu den sich daraus ergebenden Einnahmen steht, eingekürzt. Das gleiche gilt für den Hauptteil der Arbeiten, die mit der Zwangsanleihe zusammenhängen. Nur wegen der Brotabgabe, die bekanntlich auf einer valorisierten Neuausgabe der Zwangsanleihe beruht, werden gewisse technische Vorarbeiten der Zwangsanleihe von den Finanzämtern weitergeführt; überhaupt sollen alle Steuern, die keinen nennenswerten Ertrag einbringen, mit einem Federstrich eingeworfen werden. Ferner sieht die Verordnung vor, daß alle Projekte, die der Reichstagsrat mit Steuerzahlern von kleinen Beträgen führt, einfach eingekürzt werden. Auch dies bedeutet eine wesentliche Entlastung unserer Finanzverwaltung. Maßgebend bei der Aufwertung der Steuern soll der Grundsatz sein, daß diese Anpassung für alle Steuern gilt, die seit dem 1. September fällig waren. Für die Steuern jüngeren Datums, die vor dem 1. September fällig gewesen sind, sollen bestimmte Aufwertungsschlüssel gelten. Steuern älteren Datums werden dagegen, soweit keine strafbaren Handlungen vorliegen, getilgt.

In der gestern abgehaltenen Kabinettsitzung wurde außerdem beschloßen, eine allgemeine Einschränkung nach der Ausgabe Seite und eine Stärkung der Einnahmen vorzunehmen. Der Reichsfinanzminister soll in Zukunft weitgehendes Einspruchsrecht gegen alle nennenswerten Neuausgaben des Reiches haben. Wesentliche Ausgaben werden in Zukunft nur von dem Gesamtkabinet genehmigt werden. Auch mit der Währungsfrage beschäftigte sich die Regierung erneut.

Parteipolitisch hat keine der Regierungsparteien ein Interesse an verfrühten Reichstagswahlen zu einer Zeit, in der die Opposition rechts und links sich wilde Agitation leistet, während das Massenland in acht Wochen Großer Koalition natürlich nicht abgemeldet werden konnte. Für die entscheidenden nächsten Wochen wäre damit aber die Bahn für radikale Maßnahmen der Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung frei. Für eine legale Diktatur der Rechte würde schließlich wohl auch eine starke Stimmenverschiebung bei Neuwahlen nicht ausreichen. Hoffentlich genügt aber die morgige parlamentarische Mehrheitsbildung, um die Anwendung dieser äußersten Mittel gegen die Diktatur der Unvernunft überflüssig zu machen.

Die Kohlenlage.

In der gestrigen Berliner Stadtvorordneten-Versammlung erklärte der Oberbürgermeister, daß Berlin mit seinem Kohlenbestand zu Ende sei. Es sei möglich, daß die Gaslieferung vollständig eingestellt werde, falls die zuständigen Regierungsstellen nicht für Abstellung der gegenwärtigen Zustände Sorge tragen. Einige Werte seien noch auf dem, andere nur auf einen bis zwei Tage mit Kohlen versorgt. (Auch die Kohlenbarone in Schlesien erzwingen Parteiarbeit!)

Die Lebensmittelkatastrophe.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Devisenkaufleute hat sich auf dem Lebensmittelmarkt in starken Preissteigerungen ausgewirkt. Groß- und Kleinhändler gehen bei der Preisfestsetzung höchst willkürlich vor, jedoch sich die Preise viel schneller als die Devisen nach oben bewegen. Auch kann man gegenwärtig wieder eine starke Zurückhaltung der Warenbestände beobachten. Die Detailhändler verkaufen nur noch stundenweise, wenn sie es nicht vorziehen, ihr Geschäft überhaupt zu schließen. Einzelne Lebensmittel sind überhaupt nicht mehr zu haben, besonders solche Produkte, die unmittelfach vom Lande kommen. So fehlte z. B. die Kartoffel in den letzten Tagen fast völlig. Aus der Kartoffelknappheit ist eine regelrechte Kartoffelnot geworden. Der Bauer berechnet die Kartoffel, die er jetzt nur gegen sofortige Barzahlung abgibt, wie das Getreide in Goldmarkt. Selbstverständlich hat die künstlich hervorgerufene Verknappung die Kartoffelpreise stark in die Höhe getrieben. Man bezahlt gegenwärtig in Berlin für einen Zentner, der noch im Anfang der Woche für 1,50 bis 2 Goldmark zu haben war, mit 3 Mark. Da die Kartoffelpreise durchschnittlich eine mittelgute ist, fehlt für diese kaum glaubliche Preissteigerung jede Begründung.

Die Wucherbekämpfung ist wieder einmal völlig machtlos. Somit werden die Folgen des Marksturzes wie immer auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abgewälzt, die von ihrem nach einem unzureichenden Index berechneten Papiermark Einkommen tatsächlich in den letzten Tagen eine Inflationssteuer von 50 bis 75 Prozent bezahlt hat. Das bedeutet eine ganz gewaltige Verschlechterung der Ernährungslage. Die Erbitterung, die einen bedrohlichen Grad erreicht hat, ist deshalb mehr als verständlich. Besonders sind es unsere Hausfrauen, die täglich einen Heldenkampf mit der fortschreitenden Teuerung aufnehmen und mit unzureichenden Mitteln haushalten müssen und es ist nicht verwunderlich, daß gerade sie verzweifeln und nicht mehr wissen, was werden soll. Die Regierung hat die Pflicht, die Bevölkerung vor jener Hungerblockade zu schützen, die unsere antinational denkende Landwirtschaft aus reinem Gewinnrückblick über sie verhängt hat. Sie muß ihre Machtmittel restlos aufbieten und den

egoistischen Vertretern krasser Standesinteressen, z. B. dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der soeben in einer frechen Erklärung gegen den Gelehtwurf der Reichsregierung über die Brotgetreideversorgung Sturm läuft, verständlich machen, daß Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage auf eine Rationierung und auf Einfluß auf die Preisbildung nicht verzichten kann.

Die Sozialdemokratie erreicht vorläufige Aufrechterhaltung der Markenbrotversorgung!

Zunächst bis Ende des Monats.

Vom Ernährungsministerium wurden in den letzten Tagen die Vertreter der Parteien zusammengezogen. Es wurde ihnen eine Mitteilung gemacht, daß man beabsichtige, die am 15. Oktober in Aussicht genommene Verbilligung des Brotes für Sozialrentner, Kriegsbekämpfte, Armegegeldempfänger, Altersrentner und Erwerbslose erheblich einzuschränken. Unter anderem sollten nur die linderreichen Familien unter gewissen Voraussetzungen verbilligtes Brot erhalten, für die übrigen Bedürftigen und Rentner war dagegen ein Ausgleich bei den Rentenbeträgen geplant. Staatssekretär Genesic erklärte, und wurde darin auch von dem Direktor des Arbeitsministeriums unterstützt, daß ein Teil der für diese Brotverbilligung eingelegenen Mittel zur Kinderstellung und zur Verbilligung von Milch verwendet werden solle. Watschnitzke Mittel für diese Zwecke nicht mehr verfügbar seien. Außerdem komme in Betracht, daß von der ersten Hälfte der Brotabgabe, die im August eingegeben wurde, nur ein nicht mehr bedingungslos angelegter Betrag von 2,7 Milliarden vorhanden sei.

Genosse Krähig wandte sich entschieden gegen diesen Plan. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, fanden auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion am Donnerstag erneut Besprechungen mit den Koalitionsparteien statt, in denen die Bedenken der Sozialdemokraten anerkannt wurden. Nach langen schwierigen Verhandlungen wurde folgender Antrag vereinbart:

„Da vom 15. Oktober 1923 ab die Brotversorgung mit Brotkarten aufhört und angesichts des in den letzten Tagen eingetretenen Währungsverfalls die Gefahr besteht, daß die Brotversorgung eines großen Teiles des Volkes auf außerordentliche, die innere Ruhe und Ordnung gefährdende Schwierigkeiten stößt, fordert der Reichstag die Reichsregierung auf, bis zur Festigung der Währung die Brotversorgung zu erscheinungsgemäßen Preisen zu sichern und zwar zunächst durch Fortführung der gegenwärtigen Markenbrotversorgung bis Ende des Monats.“

Durch diesen Antrag ist zunächst die unmittelbare Gefahr, die mit dem Ende der Markenbrotversorgung am 15. Oktober droht, gemildert.

Die entscheidenden Abstimmungen des Reichstages sabotiert!

Obstruktion der Deutschnationalen und Kommunisten. — Das Ermächtigungsgesetz bis morgen vertagt.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die Beratung des Ermächtigungsgesetzes in dritter Lesung fort. Die Koalitionsparteien verhielten sich im allgemeinen auf längere Redezeit, während die Oppositionsparteien, insbesondere die Kommunisten, die Gelegenheit benutzten, nochmals gegen die Republik ihre bekannten Schimpfanreden loszulassen.

Für die sozialdemokratische Fraktion gab der Genosse Reichshardt folgende Erklärung ab:

„Die äußerste Not des deutschen Volkes und seiner arbeitslosen Massen hat den Entschluß gerechtfertigt, die Regierung mit besonderen Vollmachten zu betrauen, damit sie schneller als es auf dem Weg über das Parlament möglich ist, Notständen begegnen und der Verwirrung der Wirtschaft steuern kann.“

Wir erteilen diesem Entschluß nach reiflicher Erwägung aller für und wider und in dem vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung unsere Zustimmung, nachdem festgestellt ist, daß die geforderten Vollmachten nur der gegenwärtigen Regierung erteilt werden, in der die Sozialdemokratie vertreten ist, und daß die Regelung der Arbeitszeit auf dem Wege der normalen Gesetzgebung erfolgen soll.

Wir sind bereit, der gegenwärtigen Regierung außerordentliche Vollmachten zu bewilligen, weil wir darin das Mittel erblicken, einer illegalen Diktatur vorzubeugen, die das deutsche Volk mit ihrer Gewalttätigkeit bedroht. Unabwägbare äußere Konflikte, Reichsregierung und schwerste Schädigung der arbeitenden Massen in ihren letzten Existenzbedingungen würden die Folgen sein. Die Risiken des letzten Wagens haben die ungewisse Gefahr beiseite, die uns bedroht. Deshalb ist es jetzt unsere wichtigste Aufgabe, alle

sozialistischen und demokratischen Kräfte des Volkes gegen die drohende Reaktion, gegen die Anarchie, gegen den Hungertod — für die Republik, für die Reichsregierung, für die Erhaltung einer starken Demokratie aufzurufen, die das Recht der arbeitenden Massen gegen die unheimlichen Kapitalistischer Willkürgeißel verteidigt. In diesem Sinne können wir für das Gesetz.

Ein Antrag der Regierungsparteien auf Schluß der Debatte wird angenommen. In der Einzelberatung kommt dann nach der Frau Walle (Düsseld.) zu Wort. Nach Beendigung seiner Rede wird erneut Schluß der Debatte, auch für die Einzelberatung, beschloßen.

Hierauf erfolgen die Abstimmungen:

Änderungsanträge der Deutschnationalen und Kommunisten werden abgelehnt. Bei der Abstimmung haben Reichskanzler Dr. Stresemann und verschiedene andere Minister die Plätze in ihren Fraktionen eingenommen. Der deutschnationalen Antrag gegen die Aufhebung der Verfassungsrechte wird in namentlicher Abstimmung mit 292 gegen 79 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über § 1 des Gesetzes. Mit Ja stimmen die Regierungsparteien, in deren Reihen Lützen sind. § 1 wird mit 253 gegen 97 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Die Deutschnationalen beantragen die Streichung der Verbilligung des § 2, daß das Gesetz mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung außer Kraft tritt. In namentlicher Abstimmung wird dieser Antrag mit 306 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Vor der Schlußabstimmung erklärt Abg. Schulz-Bromberg (Deutschland): Wir stehen in diesem Augenblick vor einem Beschluß, wie er von solcher Tragweite und solcher Bedeutung in diesem Reichstag in keinem Parlament der Welt je gefaßt wurde. Der Parlamentarismus selbst seinen Konfuz an. Ein Beschluß von dieser Schwere erfordert, daß diejenigen Parteien, die die Verantwortung für ihn übernehmen, sie reiflich übernehmen, daß sie insbesondere die von der Verfassung vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit des Reichstags aus den Koalitionsparteien selbst aufbringen. Die bisherigen Abstimmungen haben ergeben, daß das nicht der Fall ist. Wir als Gegner des Beschlusses haben keine Verantwortung, der Koalition dabei zu helfen. Wir werden darum der Abstimmung fernbleiben. (Unter großer Bewegung im Hause verlassen die Deutschnationalen hierauf den Saal.)

Die weiteren Worte des Redners bleiben unverständlich in dem Sturm von Entrüstungsrufen, der von den Abgeordneten der Weisheit kommt. Mit drohend erhobenen Armen rufen viele Abgeordnete: raus, raus mit dem Kerl!

Präsident Söde:

Abg. Schulz-Bromberg hat den Regierungsparteien geraten, die nötige Mehrheit selbst zusammenzubringen. Diesem Zweck soll offenbar der Antrag des Herrn Dr. Marx dienen. (Heiterkeit.)

Reichstanzler Dr. Stresemann:

Abg. v. Graefe hat geglaubt, mir sagen zu können, daß der Reichstanzler die Absicht gehabt hätte, das Haus zu verlassen, indem er

mit der Auflösung des Reichstages gedroht hätte. Ich habe in dieser Debatte als Reichstanzler nicht gesprochen. Über die Beschlässe darüber, was die Regierung tut, wenn das Ermächtigungsgesetz abgelehnt wird, stehen für mich und für die Stelle, die darüber zu entscheiden hat, fest. Wenn die Abstimmung über das Gesetz kein solches ist, nicht Sache des Reichstanzlers, sondern der Parteien. Der Reichstanzler hat an diesem Antrage nicht mitgewirkt. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. Marx (Zit.) beantragt in Ergänzung seines ersten Antrages, den Sitzungsbeginn am Sonnabend auf 1 Uhr festzusetzen.

Das Haus beschließt, die nächste Sitzung am Sonnabend nachmittag 1 Uhr anzusetzen. Dritte Sitzung des Ermächtigungsgesetzes, Abstimmung über Einleitung und Ueberkeit und Schlußabstimmung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion versammelte sich am Donnerstag nach Beendigung der Plenarsitzung zu einer mehrstündigen Aussprache, die trotz der schweren Erregung des Tages in durchaus friedlichen kameradschaftlichen Formen geführt wurde. Am Schluß der Sitzung wurde festgestellt, daß es bei dem bisherigen Stande der Fraktion verbleibe, manach es den Mitglieedern nicht gestattet ist, im Reichstag gegen den Frektionensbeschuß zu stimmen. Entfernung aus der Sitzung oder Nichtabgabe der Stimmlarten sind zulässig, sofern sie nicht mit demonstrativer Mißacht verbunden und nicht geeignet sind, den politischen Willen der Fraktion zu durchbrechen. Der Wille der Fraktion geht dahin, daß das Ermächtigungsgesetz am Sonnabend mit den verfassungsmäßigen Mehrheiten angenommen wird.

Der Preussische Landtag

wahen in seiner Donnerstagsung zunächst die zweite Beratung eines Gesetzes vor, durch das der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden für Preußen neu geregelt und damit vor allem der Finanznot der Gemeinden abgeholfen werden soll. Unter anderem wird die Grunderwerbsteuer an die Kreise vertrieben, die Dotationen werden von 10 auf 15 Prozent erhöht; für die Beamten-Beholdungsausfälle an die Gemeinden ist ein neuer Verteilungsmethod aufgestellt. In der Debatte begründete Genosse Haas einen sozialdemokratischen Antrag auf organische Neuordnung der Finanzen von Reich und Ländern, auf schließliche Hebung der Gesetzgebung der Sachverhalte und Beendigung der Auseinandersetzung zwischen den Hohenzollern und dem preussischen Staat. Dieser Antrag wurde dem Hauptauschuß überwiesen, die Vorlage selbst in weiterer und zweiter Beratung angenommen. — Das Wegeabgabegesetz für die Bewahrung der Wege durch Fahrzeuge eine Steuer verleiht, um der weiteren Verwahrlosung der Fahrstraßen vorzubeugen, wurde dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen.

Völliges Verbot eines rechtsradikalen Blattes.

Der Reichsminister hat bis auf weiteres Verbotung und Vertrieb der „Deutschen Zeitung“ verboten.

In der Familie.

Von Guy de Maupassant.

Sogleich setzte Marie Louise eine erste Reihe ins Werk, an der fünf Mädchen und zwei Knaben teilnahmen. Das waren die Großtanten und Nichten. Sie mußten ihre Schuhe ausziehen, um nicht abgehüpft zu werden, so daß sich der Trupp ins Haus und hing lief die Treppe empor, wie eine Schaar von Nymphen. Als sie erst im Zimmer waren, schaute das Mädchen ihrer Mutter nach, sie zeigte die Jernsanne. Heftig schrie sie ihre Großmutter an, daß sie wiederholte, betrogene sich, fand wieder auf, schreie das Wort, und als die Kinder erprobten, unglücklich und neugierig, eng aneinander gedrängt, näher traten, um Gehör und Hände der Mutter zu betreten, begann sie plötzlich das Schreien ihrer Mutter nachzugeben, wobei sie das Gesicht mit ihrem kleinen Reichenstich bedeckte. Ganz plötzlich war sie dann wieder gerührt, weil sie an die andere dachte, die vor der Tür warteten und so für sie die ersten Schritte all ihren Schicksal hinaus, um alsbald eine andere Gruppe nach oben zu bringen, dieser folgte nach eine dritte, dann alle Schwestern der Schar, selbst die kleinen Reichenstich in Lampen, waren sie diesen warmen Bewegungen herbeigelaufen, und jedes Mal begann sie aufs neue das schmerzliche Schreien ihrer Mutter mit abwechselnder Heftigkeit.

Die Durchführung der Ausnahme-Verordnungen in Schlesien.

Uns gehen folgende Verordnungen zu:

Im Nachgang zu meiner Verordnung vom 27. 9. 1923 471/23 perz. T. 1. III. übertrage ich die polizeiliche Gewalt für den Bezirk der 2. Kavallerie-Division (Niederschlesien, Oberschlesien, Kreis Frankfurt und Boms (Südhalfte) der Grenzmark Posen) dem General Halle.

Zum Regierungskommissar ernenne ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Innern den Oberpräsidenten Zimmer.

Der Reichswehrminister
gez. Dr. Geßler.

2. Kavallerie-Division.
La T. Nr. 1189/23.

Breslau, den 10. Oktober 1923.

1. Auf Grund des § 2. Absatz 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 hat der Reichswehrminister die polizeiliche Gewalt im Bereich der 2. Kavallerie-Division (Niederschlesien, Oberschlesien, Kreise Frankfurt und Boms — Südhalfte der Grenzmark Posen) auf mich übertragen.

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern hat der Reichswehrminister zum Regierungskommissar für die gleichen Gebiete den Oberpräsidenten für die Provinz Niederschlesien, Herrn Zimmer, ernannt.

2. Die Zivilverwaltung und Gemeindebehörden bleiben in Tätigkeit.

3. Die bisher durch den Befehlshaber im Wehrkreis III erlassenen Verordnungen bleiben in Kraft.

Der Militärbefehlshaber
gez. Halle.
Generalleutnant.

Lossow gegen den Willen Bayerns abberufen.

München, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Abberufung beim Verzicht des Kommandeurs des bayerischen Reichswehrkontingents des Generals Lossow, ist nach einer Mitteilung von zuständiger Seite nicht mehr zu zweifeln. Ueber diesen Entschluß des Reichswehrministers ist die bayerische Regierung außerordentlich ungehalten, nicht zuletzt auch wegen der Form, in der sie von der Abberufung Lossows Kenntnis erhalten hat. Sie wird deshalb durch ihren Gesandten in Berlin Vorstellungen erheben und förmlich Protest einlegen.

Das weitere Programm des Rahr-Kurses.

München, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) An amtlicher bayerischer Stelle wird berichtet, daß Herr v. Rahr seine Macht als Generalstaatskommissar in nächster Zeit hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet zur Geltung bringen will. Er ist sich dabei offenbar bemüht geworden, daß Erfolge in dieser Richtung unendlich viel schwerer zu erreichen sein werden als seine bisherigen Ertragsleistungen auf politischem Gebiet, auch wenn man ihm zugestehen mag, daß kein Erfolg gegen Hitler herbeigeführt durch die Spaltung des „Kampfbundes“, gewiß keine leichte Sache war. In einer offiziellen Verlautbarung des Generalstaatskommissars steht zwischen den Zeilen geschrieben, daß Herr v. Rahr seine Regierbarkeit auf lange Sicht eingestrichelt hat, da er sich bemüht ist, keine Aufgabe nicht in wenigen Monaten erfüllen zu können. Das geht auch aus einer lobenden Erlässenen Kundgebung der Vaterländischen Verbände hervor, die Herr v. Rahr im eigentlichen Sinne des Wortes auf den Schild erhoben haben und die als die Rebenregierung in Bayern sehr wohl über die Absichten und Ziele des Rahr-Kurses unterrichtet sind. In dieser Kundgebung sehr man daher mit Interesse, daß die Vaterländischen sich deswegen hinter Rahr gestellt haben, weil er programmatisch ein Regime regieren und gegen links gerichtete nationale Diktatur aufzurichten habe. Offen ausgesprochen wird dann, daß das letzte Ziel dieser Diktatur sein muß: die Abhängigkeit des Generalstaatskommissars vom Reich. Die bayerische Regierung, zu beizeiten. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist und zwar durch die „positive Mitarbeit der Vaterländischen Verbände“, ist die Diktatur eine vollständige. Wie dieses Programm geleitet werden soll, ist heute noch nicht klar zu erkennen. Vorauszusehen ist, daß es nach dem Zusammentritt des bayerischen Landtages Ende dieses Monats zu erheblichen Zusammenstößen zwischen Reichsminister, Staatsregierung und Generalstaatskommissar kommen wird. Das wäre dann die von der bayerischen Reaktion schon längst ersehnte Gelegenheit zu einem Generalangriff auf die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Volkspartei. „Vaterländisch“ nennt man heute schon Umgekehrung des Parlamentarismus in seiner jetzigen Form. Wenn auf diese Weise dann die Regierbarkeit Rahr und der Vaterländischen Verbände einigermassen gerettet ist, werden die weitergehenden Ziele der „Vaterländischen“ von Bayern aus in Angriff genommen, die Beherrschung des deutschen Volkes und zwar in einem Tempo, das uns gewappnet steht, nicht nur gegen den äußeren Bedrücker, sondern auch gegen den im Norden

unseres inneren Vaterlandes drückenden inneren Feind“. Es ist wohl am Platze, daß man in ganz Deutschland dieses bayerische Programm mit Aufmerksamkeit verfolgt, nachdem die Abwicklung des ersten Teiles dieses Programms in Bayern zurzeit in sogenannten geschäftigen Bahnen durchgeführt wird.

Auf dem Weg zur proletarischen Einigung.

In einer vom Hauptauschuß Groß-Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes geleiteten Sitzung haben heute die politischen Arbeiterparteien Groß-Hamburgs, die USP, die Unabhängigen und die Kommunisten, sich bereit erklärt, unter Wahrung ihrer grundsätzlichen parteipolitischen Auffassungen ihre Meinungsverschiedenheiten in Wort und Schrift sachlich und ohne jede Gefälligkeit auszutragen, um damit den Weg einer Verständigung für die Förderung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich die drei politischen Parteien ferner bereit erklärt, unter dem Vorbehalt des Ortsausstufes in sofortige weitere Verhandlungen einzutreten und sie auf der Grundlage einer vom Ortsauschuß aufzustellenden wirtschaftlichen und politischen Plattform zu führen, die eine örtliche Gemeinschaftsarbeit gewährleisten soll. Die neuen Verhandlungen sollen noch in dieser Woche stattfinden.

Ein solches Vorgehen scheint uns überall dort ange messen zu sein, wo das Bürgertum sich unter Loslösung von der parlamentarischen Führung der Mittelparteien in einheitliche Bürgerblöcke mit Anlehnung an rechtsradikale „Heimatsverbände“ und ähnliche zusammen schließt. Daß in Hamburg diesem Beschluß nicht etwa eine überradikale Linksentwicklung folgt, zeigt schon die Tatsache der Billigung der neuen Koalition im Reich gerade durch unseren Parteibeizirk Nord-West, in dem die Hamburger Genossen führen.

Ein außerordentlicher Parteitag?

Der SPD-Bezirksvorsitz für den Bezirk Zwickau-Plauen hat sich an die übrigen Bezirksvorsitzenden des Reiches mit dem Wunsch gewendet, sie sollten mit ihm gemeinsam die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag antragen. Einem solchen Antrag ist stattzugeben, wenn er von mindestens 15 Bezirksvorsitzenden gestellt wird.

Dazu schreibt der „Vormärts“: Nachdem der Parteiauschuß die Gründe gewürdigt hat, die die Reichstagsfraktion zu ihrer Haltung bestimmen, und die Reichstagsfraktion selbst in einem einstimmig beschlossenen Aufruf dazu aufgefordert hat, Einigkeit und Schlagkraft der Partei zu stärken, werden besondere Parteigerufenen es sich dreimal überlegen, ob sie dem Zwickauer Antrag zustimmen können. Das könnte nur den Erfolg haben, die Kräfte in der Partei gegeneinander zu richten, zu mobilisieren und die Kampfkraft der Partei durch innere Auseinandersetzungen zu lähmen in einer Zeit, die täglich neue Situationen bringt und stärkste Aktivität nach außen fordert.

Plänkerei an der bayerisch-thüringischen Grenze.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge versammelten sich gestern in Lemitz, dicht an der bayerisch-thüringischen Grenze, bewaffnete Nationalsozialisten, angeblich um ihre in Hirschberg von der thüringischen Landespolizei verhafteten Parteimitglieder zu rächen. Um den Uebertritt der nationalsozialistischen Truppe zu verhindern, wurde ein Kommando der thüringischen Landespolizei herangerufen und auch die Gemeindefeldwehr in Hirschberg alarmiert. Ihr Einsatz war nicht erforderlich. Im Laufe der Nacht wurden die Nationalsozialisten durch bayerische Schutzpolizei abgelöst. Nach Verhandlungen des Führers des thüringischen Polizeikommandos mit dem des bayerischen rüdten beide Polizeieinheiten wieder ab. Die Hirschberger Arbeiter oceanfallte eine Protestversammlung, in der die sofortige Entfernung der thüringischen Stillerleute aus den Betrieben gefordert wurde.

Das Wetterbüchlein zur Luft.

Der amerikanische Marineleutnant Denny trat in einer Rede bei der Taufe des Luftschiffes „Z.R.I.“ für den weiteren Bau von Luftschiffen ein. Er sagte, die Vereinigten Staaten müßten bei der Entwicklung ihrer Luftfahrt auf der gleichen Höhe wie die anderen Großmächte sein.

Mahnahmen gegen Streits in Rußland.

Die Sowjetregierung hat im Zusammenhang mit den in letzter Zeit sich öfter wiederholten Streits beschlossen, sobald sich die Streitkräfte auch auf die Eisenbahnarbeiter erstreckt, über das gesamte Eisenbahnnetz den verstärkten Belagerungszustand zu verhängen.

maß und er teilte seiner Frau diese Tatsache in dem Momente mit, wo sie sich zum Essen zu Tisch niederlegen wollten. Diese umarmte: „Gewiß, die ist so häßlich wie Holz; die würde sich ein ganzes Jahr halten.“

Die Suppe wurde gefressen, ohne daß jemand ein Wort gesprochen hätte. Die Kinder, um die sich den ganzen Tag niemand gekümmert hatte, waren übermüdet und schliefen auf ihren Stühlen ein, so herrschte vollständiges Schweigen.

Pflichtig wurde die Dampfdampfer. Frau Caravan zog sie ganz langsam wieder auf, aber die Feder ließ einen kleinen Knack hören, eine Art von Gurgeln, und die Wasserelektrolyse gurgelte. Es war weggefallen worden — Del zu befragen! Jetzt noch zum Knacker schied, hätte das Essen verzögert, sie fühlte sie also nach Regen; aber es waren keine andere mehr da, als die, welche oben auf dem Kopfliche brannten.

Frau Caravan, die immer noch entschlossen war, schickte schnell Marie Louise, um zwei Sachen zu holen; inzwischen warteten sie in der Dunkelheit.

Man hörte ganz genau das Geräusch der Schritte des Mädchens, während sie die Treppe hinunterging. Dann folgte eine Pause von einigen Sekunden und alsbald hörte man das Kind einig herumlaufen. Sie öffnete die Tür, und die, atemlos und viel mehr bewegt als Tages zuvor, schickte sie mit einer leichten Stimme des Ereignisses an: „Oh! Papa! Großmama liebet sich an.“

Caravan sah so heilig in die Höhe, daß sein Stuhl bis an die Wand gekippen wurde. Er rief: „Du sagst? ... Was sagst du da?“

Marie Louise, welche die Geruchsbewegung fast die Rechte schickte, wiederholte: „Gewiß ... Großmama gießt sich an ... sie wird gleich herumlaufen.“

Die unglückliche Krippe er nach der Treppe, seine Frau folgte ganz behäut; aber vor der Stubeintritt machte er Halt; das Mädchen schickte ihm nach er sagte nicht herumgehen. Was würde er jetzt machen? — Frau Caravan war dreistes, sie drückte die Krippe auf und drang in das Zimmer.

Der Knacker, in dessen Mund ein großer neugeborener Schrittlingsknacker, schien noch bebender gesprochen zu sein. Sie war auf, die

Alte; als sie aus ihrem leibhaftigen Schlosse erwachte, hatte sie, noch ehe sie so recht zum Bewußtsein gekommen war, sich herumgesehen, auf den Ellenbogen gestützt und drei der Kerzen, welche neben ihrem Stuhlbecken brannten, ausgeblasen. Als sie dann wieder ganz in den Besitz ihrer Kräfte gekommen, war sie aufgewachen, um ihre Stuhlbecken zusammen zu rücken. Die Abwesenheit ihrer Kommode verwirrte sie zuerst, aber allmählich hatte sie all ihre Wäsche ganz unten auf dem Boden des Holzschiffers wiedergefunden und hatte sich dann ruhig angelassen. Als sie darauf das Wasser aus der Schüssel gegossen, den Wasserbecken wieder hinter den Spiegel gesteckt und die Stühle an ihre früheren Plätze gerückt hatte, war sie gerade so weit, um zu fragen, wo ihre Kinder und ihre Schwiegermutter waren, als ihr Sohn und ihre Schwiegermutter vor ihr erschienen.

Caravan stieg auf sie zu, ergriff ihre Hände und leuchtete sie mit Küßen, wobei ihm die Tränen über die Wangen rannten, während hinter ihm seine Frau, mit schneidender Miene, fortwährend wiederholte: „Wohin ein Glück, oh wie ein Glück!“

Aber die Alte war keineswegs gerührt, sie lächelte durchaus nicht verhalten zu wollen, ließ sie eine Statue und mit eigentümlich fragte sie nur: „Ist das Essen bald fertig?“ Caravan, der ganz den Kopf verloren hatte, stammelte: „Gewiß, gewiß, Mama, wir erwarten dich.“ Mit ungewohnter Sorglichkeit nahm er ihren Arm, während die junge Frau Caravan das Licht ergriff und leuchtete; so ließen sie die Treppe hinab. Frau Caravan ging rückwärts von Stufe zu Stufe, wie sie es in der Nacht gemacht hatte, als ihr Mann die Marmorplatte trug.

Als sie im ersten Stock ankamen, lächelte sie sich betne an Seiten gefahren, die gerade die Treppe in die Höhe ließen. Das war die Familie aus Exaration, Frau Brauz und ihr Gatte, die ihr auf dem Fuße folgte.

Die große, bide Frau, deren Bauch ganz wasserförmig aufschwang und deren Oberkörper hantelnüberhoch, rief erschrocken die Augen weit auf und war im Begriff, Reißaus zu nehmen. Der Gatte, ein sozialistischer Schuhmacher, ein kleiner, bis an die Nase der hohler Mann, der ganz wie ein Affe ausah, murmelte ohne jegliche Bewegung: „Ahn, was ist das? Sie ist wieder lebendig geworden.“ (Schluß folgt.)

Der Wahlkampf in Oesterreich.

Die folgende Darstellung mag zugleich als Antwort auf die letzten Anwürfe des österreichischen Berichters der „Schlesischen Zeitung“ gegen unsere dortigen Genossen gelten. Dieser mit der Wahrheit am wenigsten befreundete unter den Mitarbeitern der „Schlesischen“ gehört offenbar den in Oesterreich zwischen christlich-sozialen und Sozialdemokratie fast völlig zerriebenen „Großdeutschen“ an, und sucht für die Mißerfolge im eigenen Lande Erfolg im Lugenezport. Red.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Am 21. Oktober finden die Wahlen zum österreichischen Nationalrat statt und der Wahlkampf ist bereits mit voller Wucht entbrannt. Die Sozialdemokratie hat diesmal mit besonderer Kraft den Kampf begonnen, sodaß sie allen anderen Parteien mit ihren Wahlvorbereitungen zuvorgekommen ist. Namentlich in Wien, wo die Sozialdemokratie als stärkstes Agitationsmittel den Hinweis auf die musterhafte sozialdemokratische Gemeindeverwaltung hat, beherrscht die sozialdemokratische Wahlpropaganda geradezu die Straße. Diese Wahlpropaganda wurde diesmal in größtem Stil aufgenommen. Eines Morgens wachten die Wiener auf und sie fanden an allen Orten sozialdemokratische Flugzettel und satirische Bilder aufgefleht, die einerseits christlich-soziale, antisemitische und antikapitalistische Phrasen mit der von der christlich-sozialen Regierung geübten Begünstigung der Banken konfrontiertes und andererseits den Aufbau der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung dem Abbau der christlich-sozialen Regierung gegenüberstellten und schließlich den Wählern veranschaulichten, was der von der Regierung geplante Abbau des Mieterschutzes für sie bedeuten würde. Die Wachtelmannchen, die bei Nacht diese riesige Propagandaarbeit geleistet hatten, waren zehntausende junger Proletarier, die in den nächsten Nächten wieder an der Arbeit waren, um ihre Flugzettel und Bilder zu bewachen und etwa abgekratzte wieder zu ersetzen. Kaum war diese Arbeit vollbracht, so folgten auch schon die Plakate, jede Woche ein neues, die die christlich-sozialen Versprechungen mit den christlich-sozialen Taten verglichen, die Wohnungspolitik der Gemeinde, die Wirkung der Aufhebung des Mieterschutzes, die Segnungen des von den Christlichsozialen verherrlichten Krieges, die Volkseindlichkeit der Habsburger, den Wählern plastisch vor Augen führen. Gleich bei Beginn des Wahlkampfes hat die Wiener Partei auch eine eigene Wahlzeitung erscheinen lassen, die „Wiener Nachrichten“, die den Wählern allmähentlich unentgeltlich in die Wohnungen zugestellt wird und eine Frauenzeitung „Die Unzufriedene“, die die Frauen über die christlich-soziale Politik aufklärt. Diese Zeitungen, Flugblätter und Bilder werden zum Teil mit anderem Text, wobei der von den Christlichsozialen an den Kleinbauern und Kleinpächtern begangene Verrat mehr in den Vordergrund gestellt wird, auch in der Provinz verbreitet. Daß daneben jeder Tag in Wien allein Dutzende, in der Provinz Tausende von Versammlungen stattfinden, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Die Kosten dieser großen Wahlpropaganda gehen wohl in die Milliarden, aber die Arbeiter, die wissen, um was es in diesem Wahlkampf geht, haben seit Monaten eine freiwillige Steuer auf sich genommen, die dem Wahlfonds einen Bruchteil ihres Lohnes, zumindest aber tausend Kronen wöchentlich, zuführt.

Diese Begeisterung der Wähler, die die Kosten der Wahlpropaganda auf sich nehmen, wird bei den bürgerlichen Parteien durch die Milliarden erseht, die ihnen die Banken und die anderen Kapitalistengruppen spenden. Daß die Banken den Wahlfonds der Christlichsozialen füllen, wurde schon bei der Beratung der Vermögensabgabe festgestellt. Damals konnte die „Arbeiter-Zeitung“ ein Protokoll veröffentlichten, das über eine Besprechung der Bankdirektoren mit den christlich-sozialen Abgeordneten aufgenommen worden war. Die Bankvertreter verlangten damals von den christlich-sozialen Abgeordneten, daß sie die sozialdemokratischen Anträge ablehnen, und erklärten, wenn die Christlichsozialen das nicht tun, würden sie ihre Spenden für den Wahlfonds einstellen. In der Tat haben nicht nur die Christlichsozialen, sondern auch die Großdeutschen die sozialdemokratischen Anträge niedergestimmt. Aber nicht nur die Banken, sondern auch die Großgrundbesitzer spenden für den Wahlfonds der Christlichsozialen. Es ist ein Zufall, daß wie bei den früheren Wahlen auch diesmal ein vertraulicher Aufschuß eines Komitees von Großgrundbesitzern von der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht werden konnte, in dem die Großgrundbesitzer zu Spenden für den christlich-sozialen Wahlfonds aufgefordert werden. Diesmal wurden sie aufgefordert, für jeden Hektar Besitz mindestens zweitausend Kronen zu spenden, was für Niederösterreich allein mehr als eine Milliarde Kronen ausmacht. Und die dritte Kapitalistengruppe, die für den christlich-sozialen Wahlfonds in Betracht kommt, sind die Scharfmacher der Industrie, deren Organisation schon seit langer Zeit ein halbes Prozent vom Lohn auf den von den Unternehmern einbehalten, wovon die bewaffneten Organisationen der Reaktion, die Heimwehren, Frontkämpfer und Patentreuzler und die Wahlfonds der bürgerlichen Parteien gefillert werden.

Wie sehr die Christlichsozialen durch diese Abhängigkeit ihres Wahlfonds auch selbst in die Abhängigkeit von den Kapitalisten geraten, zeigte schon der Wahlausruf dieser unter Queer antisemitisch-kleinbürgerlichen

Partei. In diesem Wahlausruf kommt auch nicht die mildeste Wendung gegen das Großkapital, ja kein einziges Wort auch nur gegen die Juden vor, dafür erfreut sich diese antisemitische Partei während des ganzen Wahlkampfes der Sympathien der großen kapitalistischen, von Queer immer nur als „Judenpresse“ bezeichneten Zeitungen. Natürlich ist der Wahlausruf voll von den heftigsten Angriffen gegen die Sozialdemokraten, aber es ist charakteristisch für die Christlichsozialen und für ihre Koalitionsgenossen, die Großdeutschen, die mit den Christlichsozialen über eine einheitliche Liste verhandeln und in Kärnten mit ihnen auch wirklich eine Einheitsliste vereinbarten, daß der Hauptvorwurf des christlichsozialen Wahlausrufs gegen die Sozialdemokraten der ist, daß diese den Anschluß an Deutschland verlangen. „Welch furchtbares Schicksal — sagt der Wahlausruf — würde jetzt unser Los sein, wäre der Plan der Sozialdemokraten, der Anschluß an die deutsche Mark, vollzogen worden!“ Sie vergessen nur, daß im Jahre 1921 die christlichsozialen Landtage von Salzburg, Tirol und Steiermark Volksabstimmungen für den Anschluß an Deutschland veranstaltet haben.

Die Scharfmacher begnügen sich aber nicht damit, daß die Christlichsozialen im Parlament gegen die Arbeiter stimmen, sie wollen auch die Kontrolle in der christlichsozialen Fraktion über die Partei ausüben und so haben sie für ihr Geld durchgesetzt, daß ihnen auf der christlichsozialen Liste vier Plätze reserviert werden. Die Christlichsozialen haben sich nicht nur verpflichtet müssen, diese industriellen Kandidaten an absolut sichere Plätze zu stellen, sondern sie mußten auch darauf verzichten, ihre Gesinnung zu prüfen. So wurde in Wiener-Neustadt der Textilfabrikant Streeruwitz von ihnen kandidiert, der ein ausgesprochener Antisemite ist von der Sorte, die die Christlichsozialen als „Judenliberale“ zu bezeichnen pflegten. Und in Graz wurde der Sekretär des Industriellenverbandes, Weidenhoffer, kandidiert, der bis jetzt dort deutschnationaler Gemeinderat war. Dem österreichischen Parlament hat er als Deutschnationaler angehört und hat dort heftige Reden gegen die Christlichsozialen gehalten, sodaß in einer christlichsozialen Vertrauensmännerversammlung, die vorige Woche stattfand, ein kirchlicher Vertrauensmann dagegen protestierte, daß man einen solchen „Katholikenresser“ kandidiere. Aber der Vorsitzende der Versammlung schlug jeden Widerstand mit der Erklärung nieder, daß der Bundeskanzler Dr. Seipel den Auftrag erteilt habe, Dr. Weidenhoffer unter allen Umständen an aussichtsreicher Stelle zu kandidieren.

Über die Christlichsozialen können es doch nicht wagen, ihren Wählern die Wahl so ausgesprochener Kapitalistenvorwörter zuzumuten. Um sie aber doch ins Parlament zu bringen, dazu dient ihnen die Einrichtung der Reststimmenmandate, die in jedem Wahlkreisverband, das ist in einem Verband von mehreren Wahlkreisen, verteilt werden. So wird zwar Weidenhoffer an siebenter Stelle kandidiert, während der Wahlkreis nur fünf Mandate zu vergeben hat, sodaß die Kandidatur als eine aussichtslose Dekoration erscheint, und Streeruwitz an zwölfter Stelle bei dreizehn Mandaten; aber die beiden werden dann auf die Verbandsliste an erster Stelle kandidiert, sodaß sie sichere Mandate haben, wovon die christlichsozialen Wähler aber nichts erfahren.

So treten die Christlichsozialen mit Kapitalistengeld, mit kapitalistischen und auch monarchistischen Kandidaten als der Partei der Reaktion und des Großkapitals der Sozialdemokratie entgegen und der Wahlkampf geht auch jetzt noch, wie er begonnen, nur zwischen der geeinigten Reaktion und dem einigen Proletariat. Die anderen Parteien — die Großdeutschen auf der einen und die Kommunisten auf der anderen Seite — kommen bei den Wahlen nicht in Betracht. G. P.

Begegnung Stresemann-Seipel.

Der Reichskanzler begibt sich mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt und dem Staatssekretär in der Reichskanzlei am Sonnabend abend nach Bregenz, um dort am Sonntag mit dem österreichischen Bundeskanzler Seipel zusammenzutreffen. Der Bundeskanzler wird voraussichtlich von dem Reichskanzler Franz und dem österreichischen Gesandten in Berlin, Riedl, begleitet sein. Die Zusammenkunft, die eine Erwidrung des früheren Besuchs des Bundeskanzlers Seipel in der deutschen Reichshauptstadt darstellt, und an der auch der deutsche Gesandte in Wien teilnehmer wird, hat den Zweck, mit dem leitenden Staatsmann des benachbarten kommerziellen Landes in einem Gehörtenausaustausch über die politische Gesamtlage einzutreten und gleichzeitig, wie man bei der raschen und glücklichen Regelung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Oesterreich gemacht hat.

Gewerkschaftsbewegung.

Der ADGB in höchster Kampfbereitschaft.

Bildung eines Aktionsausschusses.

Dem ADGB wird uns mitgeteilt: Die Bundesvorstände des ADGB, des Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsbundes der Arbeiter haben in den letzten Tagen zur wirtschaftlichen Lage Stellung genommen. Die drei Spitzenorganisationen halten es für die Pflicht der Gewerkschaften, dem kombinierten Angriff der Schwerindustrie und der Rechtsparasiten gegen die Grundbesitzer der Arbeiterklasse mit größter Entschlossenheit entgegenzutreten. Ueberflüssiges Handeln wäre Verzögerung der Arbeit. Wie in dem Aufruf der vergangenen Woche ausgeführt wurde, erfordert der Kampf der Stunde kräftiges und bewussten Handelns, um für die Bewältigung der besonderen Schwierigkeiten der letzten Tage die notwendige Beweglichkeit zu gewährleisten. Ein Aktionsausschuß aus wenigen Mitgliedern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ist gebildet worden. Diesem Aktionsausschuß müssen die angeschlossenen Gewerkschaften weitgehende Handlungsfreiheit übertragen. Die Bundesvorstände haben daher für die nächste Woche die Bundesversammlungen der drei Spitzenorganisationen zu einer gemeinsamen Tagung einzuberufen, um dem Aktionsausschuß die notwendigen Vollmachten zu geben und die Einigkeit über die Wege zu klären, die im Falle der notwendigen Maßnahmen zu ergreifen sind.

Zurückgenommen.

Am Donnerstag beschloß sich eine Konferenz der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrbergbaus mit der eigenmächtigen Schlichterlängerung durch die Werksbetriebe. Die Ruhrbergarbeiter war durch sämtliche Gewerkschaften vertreten, während vom Bergbauischen Verein unter anderem die Herren Wieslotti, v. Welken und Knöpper anwesend waren. Die Vertreter des Bergbauischen Vereins erklärten, daß die Verhandlungen über den verlängerten Arbeitstag überall zurückgenommen worden sind. Ueber die einzuschlagenden Wege, die Produktion zu steigern, sollen in der kommenden Woche neue Verhandlungen beginnen.

Am Donnerstag nachmittags begannen die Verhandlungen über die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne.

Die Bezüge der Reichsarbeiter und Beamten.

In der Besprechung zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Spitzenorganisationen über die Neuregelung der Beamten- und Reichsarbeiterlöhne wurde die Lohnbegrenzung für die Reichsarbeiter auf 220 000 festgelegt. Für die Beamten beträgt sie 36 000. Diese Regelung bedeutet praktisch eine Erhöhung der für das zweite Oktoberviertel gezahlten Gehälter bzw. Löhne um das Dreifache. Diese Abmachungen bedürfen noch der Zustimmung des Reichsrats und des Reichstags.

Angestelltengehälter.

Die Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände teilt mit: Es ist zwischen der Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände und den Angestellten-Gewerkschaften am 11. Oktober 1923 unter Vermittlung des Herrn Demobilisationskommissars eine Verständigung erzielt worden. Danach ist am Sonnabend, den 13., spätestens Montag, den 15. Oktober, das 965 fache der Juli-Grundgehälter neben der von der Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände in der Arbeitgeberzeitung bekanntgegebenen Zahlung in Höhe des 1080fachen zu zahlen.

Zahlungen für den Monat September sind in der durch die Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände in der Arbeitgeberzeitung bekanntgegebenen Höhe als Pflichtzahlungen zu betrachten und dementsprechende Nachzahlungen zu leisten, soweit nicht innerhalb der einzelnen Betriebe bereits eine anderweitige Regelung getroffen ist. Auf Grund dieser Vereinbarung ist der von den Angestellten-Gewerkschaften gestellte Antrag auf Verbindlichserklärung des Schiedsrichters vom 3. Oktober 1923 erledigt.

Zum Streit der Handelskassensarbeiter.

Die Handelskassensarbeiter Breslaus fanden seit Jahren mit der Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände in einem Tarifverhältnis, das den Arbeitnehmern unterm 29. August gelündigt wurde. Ursache der Kündigung war: einige Verbesserungen in den Mantelbestimmungen herbeizuführen.

Zwei Verhandlungen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigten, führten zu keinem für beide Teile befriedigendem Ergebnis, so daß mit Ablauf September ein Tarifverhältnis nicht mehr bestand. Die Löhne wurden bisher in der Weise vereinbart, daß zu den jeweiligen Wochenlöhnen, die vom Lohnamt Breslau und Arbeitsgemeinschaft Breslauer Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände errechneten Prozentsätze zugeschlagen wurden.

Die Handelskassensarbeiter wurde am Sonnabend, den 6. Oktober, dadurch eines anderen befehrt, daß die Arbeitgeberseite anstelle der errechneten 113 Prozent nur noch 70 Prozent zu den Lohnsätzen der vorigen Woche bewilligten und diese auch in ihrer Zeitschrift den gelamten Arbeitgebern mitteilte, ohne den bisherigen Tarifkontrahenten in irgend einer Weise von seinem Vorhaben zu verständigen oder Verhandlung darüber nachzulassen. Eine darauf stattgefundene Verhandlung am 9. d. Mts., in der neben den von den Arbeitnehmern aufgestellten Forderungen auch die Arbeitgeberseite die Lohnabzugsfrage in den Vordergrund stellte, mußte vertagt werden, weil eine Einigung in der Angelegenheit nicht erzielt werden konnte, und das Arbeitsgericht zu den Abhängigen Stellung nehmen sollte. Die weiteren Verhandlungen sollten am 12. d. Mts. weiter fortgesetzt werden. Am 10. d. Mts. teilte uns die Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände mit, daß die Arbeitgeberseite von ihren festgesetzten Löhnen nicht abgehen könne, sie sei aber bereit, denselben Lohnsatz, der am 12. d. Mts. zur Auszahlung kommen soll, als Vorzuschuß in derselben Höhe am Mittwoch, den 17. d. Mts., auszusuchen.

Die am 10. d. Mts. abends, stark besuchte Funktionärstagung im gesamten Handelsgewerbe lehnte das Anerbieten der Arbeitgeberseite einstimmig ab. Sie verurteilte die Maßnahme der Arbeitgeber in der schärfsten Form und beschloß, die Arbeit in allen denjenigen Betrieben niederzulegen, die sich weigern, die bisherigen vereinbarten Lohnsätze in derselben weiteren Form zu gewähren.

Wir hoffen und erwarten von der Arbeitgeberseite, daß sie in der überaus wirtschaftlich schlechten Zeit sich noch eines Besseren besinnt, ehe weitere schwere Differenzen eintreten können.

Tagelohn 12 Dollar.

Die (in Bauarbeit beschäftigten) Elektriker in St. Louis haben einen neuen Tarif abgeschlossen, der anstelle des bisherigen Stundenlohns von 1,25 Dollar einen von 1,50 Dollar vorsieht. Das bedeutet eine Steigerung des Tagelohnes von 10 auf 12 Dollar. Das neue Abkommen gilt vom 15. September an.

Abbruch des tschechischen Bergarbeiterstreiks.

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter billigte mit 62 gegen 9 Stimmen einen Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit in den Bergwerken.

Von der Moskauer Internationale.

Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur nehmen an der in Moskau am 2. Oktober eröffneten internationalen Konferenz der Land- und Holzarbeiter die Vertreter Schwedens, Deutschlands, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Osklands, Japans, Spaniens, Hollands, Schwedens, Norwegens und Polens teil. Auf der Konferenz wird über die Gewerkschaftsfragen der Land- und Holzarbeiter beraten. 17 Verbände landwirtschaftlicher Arbeiter, d. h. über 600 000 Mann, gehören der Gewerkschaftsinternationale an.

Die Nennung der verschiedenen Länder steht nach etwas aus, doch steht nichts dahinter. Weder der Deutsche Holzarbeiterverband, noch der Deutsche Landarbeiterverband kandidierten Delegierten nach Moskau. Die Vertreter Deutschlands haben ihr Mandat aus der Kottbuser Straße in Berlin. Um die Vertretungen der übrigen Länder, außer Russland, steht es nicht viel besser. Nach welchem Prinzip die Moskauer Berufsinternationale zusammengesetzt sind, wenn Land- und Holzarbeiter zusammengekommen werden, ist ziemlich unklar. Maßgebend scheint die Reproduktion zu sein, wenn nicht das Bedürfnis, zu hohen Differenzen für die Öffentlichkeit zu kommen.

Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	11. 10.	10. 10.
1 amerikanischer Dollar	5 047 850 000	2 967 582 500
1 englisches Pfund	22 942 500 000	15 426 250 000
1 französischer Franc	208 226 000	121 545 000
1 holländischer Gulden	1 985 026 000	1 162 057 000
1 Schweizer Franc	904 726 000	528 675 000
1 österreichischer Kronen (alt)	71 520	41 225
1 russische Rubel	161 620 000	65 770 000
1 dänische Krone	363 769 000	349 666 000

Die Nachtglocke, Singspiel
 Klein Ida's Blumen.
 Sonnabend 7 Uhr:
 Der widerpenntigen Zölkern.
 Sonntag nachmittag 4 Uhr:
 Salome.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 Die Wägen.

Theater
 Telefon Ring 6700
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Der lustige Schwank
Der müde Theodor
 mit
 Ludwig Süßmilch.
 Sonntag, den 14. Oktober
 nachmittags 3 1/2 Uhr:
 Fremdenvorstellung
 zu ermäßigten Preisen.
Der Meisterboxer

Schauspielhaus.
 Operettenbühne. Tel. Ring 2545
 Freitag 7 1/2 Uhr:
 Echtes Geklingel Estlin Maria
 Katja, die Längerin.
 Sonnabend u. täglich 7 1/2 Uhr:
 In neuer Ausstattung
Des Königs Nachbarn
 Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
 Mischel Albert Hagemann
 Der Gauflerkönig.

9 bis 12, 2 bis 6 Uhr
Herren- und Kostümstoffe
 billig!
 Ernststraße 9 hpt. r.
 1 Minute vom Hauptbahnhof.

Alles spricht von den Großen Attraktionen im Marmor Haus
 Besuchen Sie den Vorverkauf!

MIK
 Einzige Original-Aufnahmen aus Peking und den Boxerstaaten
Die Göttin der roten Laterne
 1926 7 Akte, in der Hauptrolle: Allan Nazimova.
 Hochinteressante Einblicke in das chinesische Sittenleben.
 Dam: Der einzige in diesem Jahre erschienene
Stuart Webbs-Abenteuer-Großfilm: Der rätselhafte Blick 6 Akte.

Der wochenlange Erfolg! Uraufführung des Sittenbildes
 in fabelhafter Ausstattung
 Die **Die schwarze Magda**
 Spitzen-Klöpplerin von Valenciennes

Parteilreunde
 kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

Käufe
 Gebr. Wäbel, Kinderbettwagen, Kinderwagen aller Art, Plauen, Pader, taufz, höchst, Kusert, Gneisenaustraße 12

Goldfedern
 alle unbrauchb. von Füllfederhaltern tauf Georg Langer, Naas Taschenstraße 30, II. Ege.

Gutterrefle!
 Garn, Zwirn, Köper, Reinen, Hermalutter, Semdentusche, Serge, St. zahl hochste Preise, mehr wie die Konkurrenz tauf auch Original, Frau Frida Lippert, Heintze, 16, 20

Gutterrefle!
 tauf zum allerhöchsten Dollarkurs **H. Scholz**, Weißgerbergasse 43.

S njerate erziehen den größten Erfolg

Jupiter-Lichtspiele · Westendstraße 58-52
 Nur Freitag bis Montag! Der italienische Groß-Sensations-Film
Herkules Maciste.
 Das Gewaltigste, was bisher gezeigt wurde.
 Um Haarsbreite dem Tode entronnen.
 Ferner: Bruno Kastner in:
Nur ein Diener.
 Großes Lustspiel — 5 Akte. 2683
 Sonntags Kinder-Vorstellung:
Der Kampf um das Blockhaus.

Warburg-Lichtspiele
 Gröbischer Straße 94 a. 2682
 Nur bis Montag:
 Der gewaltige Sittenschlager **Die kleine Stenotypistin**
 Ferner: Wanda Treumann in dem Sensationschlager **Der Schaffen des Gehängten**
 Sonntag nachm. 3 Uhr: **Große Kindervorstellung**

Druderei Volkswacht
 Moderne, zweckmäßige und laubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit
 Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Warburg-Lichtspiele
 Gröbischer Straße 94 a. 2682
 Nur bis Montag:
 Der gewaltige Sittenschlager **Die kleine Stenotypistin**
 Ferner: Wanda Treumann in dem Sensationschlager **Der Schaffen des Gehängten**
 Sonntag nachm. 3 Uhr: **Große Kindervorstellung**

Aus dem Liebesleben einer Gräfin. 2684
 Ferner: Der Lustspielschlager **Fatty auf der Kneipe von Ponton.**

Altmatalle, Alteisen, Zelle
 tauf zu höchsten Tagespreisen — Händler Extrapreise!
Joseph Jüngling Gneisenaustraße 4 im Hofe.
Die Volksschule als Einheitschule
 Von Dr. Max Apel.
 Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporturen entgegengenommen.

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Ladislaus Hafas, Kolonialwaren — Konfitüren
Paul Kokoł, Wurstfabrik
 Inhaber: Rudolf Kerspe
 Brüderstraße 18

Oskar Altrock, Kolonialwaren, Delikatessen, Zigarren-Handlung
 BRESLAU II, Flurstraße 24, Ecke Brüderstraße

Carl Stiebler
 Bahnhofstraße 4
 Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel
 Telefon Ring 8710

Fritz Hoffmann, Arbeiterkleidung • Partiewaren
 Billige Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer.

Kaufhaus Max Wagner, Spezialhaus für Strumpfwaren und Herren-Artikel

Bunzlauer Tonwaren-Lager
 Inh.: Ernst Nebel
 Glas / Porzellan / Sisingut
 Emaille-, Eisen- und Tongeschirre

Wilhelm Schroll, Stoffe
 Herrengarderobe

Kaufhaus Lieblichshöhe, Strumpfwaren, Trikotasen, Herrenartikel
 — stets sehr preiswerte Angebote —

Walter Kunz, Konfitüren — Feinkost
 Große Auswahl, stets sehr preiswert

Stahlwaren
 Schlosserei **H. Maetze** Schlosserei
 Reparaturen v. Brettschneider
 Kupferschmiedestr. 28

Friedrich Schanz, Fleischerei u. Wurstfabrik
 Bill. Preise, beste Ware

Alexander Wojtko, LIKÖR-FABRIK
Schuhhaus „Gräbschen“
 Gräbschener Straße 50, Ecke Luisenstraße
 Reichhaltiges Lager in Schuhwaren vom besten bis zum einfachsten Genre
 Stets weit unter Tagespreis • Erleichterte Zahlungsbedingungen

Spaniers Teppich-Haus
 Teppiche :: Gardinen :: Läuferstoffe usw.
 Enorme Auswahl. Niedrigste Preise.

J. Glütsmann & Co.
 Ohlauer Straße 71/73
 Gegründet 1854.
 Kleiderstoffe, Leinen- und Baumwollwaren, fertige Damenbekleidung.

Ant. Max Schmickal, Büchsenmacherei und Waffenhandlung
 BRESLAU, Kupferschmiedestraße 49.

Gebr. Meister, Herren- und Knaben-Bekleidung
 Seta groß sortierte Lager
 M & S-Abteilung

Erich Liebe, Für Wiederverkäufer!
 Schuhwerk für Arbeiter und für den Winter

Schuhhaus Friedmann
 Nikolaistraße 56

Kaffee-Herzog
 Anzüge werden preiswert angefertigt bei **W. Wilkowski**, Nikolaistr. 58, II

Hermann Cohn
 Wäsche, Leinen und Aussteuer
 Nikolaistraße 80

Fritz Kaps
 Beste u. billigste Bezugsquelle für sämtl. Schuhwaren
 Klosterstraße Nr. 7

Walter & Weiß
 Billigste Bezugsquelle von Fettwaren

Max Gruschka
 Strumpf- und Wollwaren

Kaufhaus Goldnes Zepher
 Wäsche, Schürzen, Strumpfwaren
 Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Handschuhe

Paul Knoblich
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Artur Rüggebrecht
 Mauritiustplatz 5
 Lebensmittel, Delikatessen, Süßwaren, Obst, Gemüse

Johannes Breler
 Wäsche • Strümpfe • Trikotasen • Kurzwaren.

Robert Weigelt
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Lederhandlung Schubmacher-Bedarfsartikel
 en gros — en détail

Herbert Schramm
 Klosterstraße 91 — Telefon Ohle 8662

Oswald Günther
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm Peukert
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Oswald Himmel
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Albert Zeike
 Alteisen — Altmatalle
 Papier — Lumpen
 kaufen zu höchsten Preisen
 Gebr. Gallert, Löschstr. 21

Hermann Milde
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Reinhold Konzak
 Fein- und Brodbäckerei

Willy Pieczonka
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Hugo Rother
 ff. Fleisch- und Wurstwaren

K. Fischer
 Gute preiswerte **Schuhwaren**
 aller Art stets in großer Auswahl
 nur Taunzienstraße 149
 — Erleichterte Zahlungsbedingungen —

Max Geide
 Bäckerei und Konditorei.

Hans Mokros
 Brot- und Feinbäckerei mit elektrischem Betrieb

Gomille & Schröter
 Vorteilhafte Bezugsquelle für Seifen und Wasch- artikel :: Telefon Ring 3095

Druckerei Volkswacht
 Moderne, zweckmäßige und sanbere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit
 Breslau 2, Flurstraße 4-6

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. Oktober.

Bereinigte Sozialdemokratische Partei. Parteigenossinnen! Parteigenossen!

Die durch das Ruhrabenteuer in den Abgrund gestoßene deutsche Wirtschaft ist noch immer im rasenden Abstieg. Dem Widerstand der Reaktionäre aller Schattierungen ist es bisher noch möglich gewesen, eine Stabilisierung der Mark zu verhindern. Ihre Billionenprofit sieht ihnen höher als das Wohl des schaffenden Volkes. Die fürchterliche Verleurerung der gesamten Lebenshaltung bringt auch unsere Organisation, die gerade in dieser ersten Zeit der letzten Krise für die deutsche Arbeiterklasse ist, in immer größere Gefahr. Sie ist aber unbedingt notwendig in den Kämpfen, die geführt werden müssen, um das deutsche Volk wieder vorwärts und hoch zu bringen. Es wird deshalb der Aufbietung aller Kräfte bedürfen, um das sichere Bollwerk der deutschen Arbeiterklasse, ihre politische Organisation und politische Presse, in den ersten Stunden, die wir jemals zu durchleben hatten, zu erhalten. Dazu sind Opfer und immer wieder finanzielle Opfer des einzelnen je nach seinen Kräften notwendig. Es ist eine neuerliche Wendung des Parteibeitrages notwendig und zwar beträgt derselbe für alle Parteigenossen, die ihren Beitrag an diesem Sonntag beim Kassieren für den ganzen Oktober entrichten, 6 x 5 Millionen = 30 Millionen, für Frauen 6 x 2 Millionen = 12 Millionen. Diese Sätze liegen mit Rücksicht auf die fürchterlich schwierigen Verhältnisse wesentlich unter den Beispielen des Parteivorstandes.

Wir erwarten, daß die gesamte Parteigenossenschaft restlos die Notwendigkeit der Erhöhung Beiträge anerkennt und ohne irgend welche Scheitern gern bereit ist, dieses unbedingt notwendige Opfer zur Führung der politischen Kämpfe zu erbringen. Macht den Kassierern, die am Sonntag kommen, die Arbeit nicht schwer, entrichtet sofort und gern den notwendigen Beitrag. Macht überall, wo Ihr mit Parteigenossen zusammenkommt und zusammenarbeitet, auf die Notwendigkeit der Erhaltung und Stärkung der Partei aufmerksam.

Jeder, der es irgendwie ertragen kann, nehme soviel Marken, als möglich, halte sich nicht an den Mindestsatz von sechs Marken.

Am Montag, den 15. Oktober, findet im Gewerkschaftshaus eine Parteimitglieder-Versammlung statt.

Die Stellung nehmen wird zu der außerordentlich ernstlichen Situation, insbesondere zu unserer Beteiligung an der Reichsregierung. Redner vorwiegend aus der Genossenschaft. Wir erwarten, daß die gesamte Parteimitgliedschaft, Genossen wie Genossinnen, alles was diese Abendzeit hat, in der hochwichtigen Versammlung erscheint. Näheres in morgiger Nummer.

Beamte aller Behörden! Freitag, den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9, 1. Etage.

Berammlung aller Beamtenvertrauensleute der U.S.V.D. Oberstadtdirektor Genosse Tisch spricht über: Regierungsbildungen und die Beamten. Sämtliche Vertrauensleute der Beamten müssen erscheinen.

Distrikt 5. Morgen Sonnabend, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, außerordentliche Distriktsversammlung bei Weimert, Sonnenstraße 37. Alle Genossen und Genossinnen müssen bestimmt erscheinen.

Distrikt 14. Morgen Sonnabend, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Distriktslokal wichtige Funktionärsversammlung.

Krankenversicherung bei Kurzarbeit. Die Wirtschaftslage des deutschen Volkes verschlechtert sich gegenwärtig von Tag zu Tag. Die Zahl der Erwerbslosen vermehrt sich und auch die Kurzarbeit setzt in erschreckendem Umfang ein. Der gesetzliche Schutz gegen Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit tritt nicht auf jedes Opfer der gegenwärtig schon durch den allgemeinen Wirtschaftskrisen kapitalistischen Wirtschaftsweise. Arbeitnehmer ledigen Standes oder verheiratete, die als Qualitätsarbeiter einen höheren als den allgemeinen Tariflohn beziehen, kommen bekanntlich nicht in den Genuß der Kurzarbeiterunterstützung, wenn ihr Verdienst bei Kurzarbeit in der Woche die 1/2 jährige Erwerbslosenunterstützung übersteigt. (Neuerdings soll nach Pressenmeldungen diese Grenze sogar auf die Höhe der Erwerbslosenunterstützung herabgesetzt worden sein, doch ist zurzeit der Zeitpunkt dieser bezüglichen Verordnung noch nicht veröffentlicht.) Kurzarbeitern dieser Art wurde teilweise auch die Weitervericherung in ihrer bisherigen Klasse der zuständigen Krankenkasse freigegeben.

Stadttheater.

„Der ferne Klang“ von Franz Schreker. Professor Schreker gilt neben dem Deutsch-Italiener Schuchert als führender Vertreter schöpferischer moderner Harmonik und Instrumentation und zugleich als Erneuerer der Opernkunst, der eigene dramatische Leistung mit der Anwendung dieser differenzierten Verfeinerung moderner Klangempfindens zu verbinden sucht. Klarer noch als seine früheren zum Teil auch in Breslau schon bekannt gewordenen Opern zeigt dieses neue Werk eine und Zusammenhang der Schrekerischen Kunstschaff. Um es gleich vorweg zu nehmen: die Klarheit über die Möglichkeiten der Kunst scheint uns für den Zuschauer diesmal auch der Hauptgewinn zu sein, den er aus dem Opernbuch mitnehmen kann. Man wird zum Nachdenken über die Möglichkeiten und vor allem auch über die Grenzen der Musik und besonders der Opernmusik angeregt. Wir wollen dabei unentbehrlichen lassen, ob Genuß dieser Art von Musik noch weiterer Schulung bedarf, wie es auch in der bisherigen Musikgeschichte jeder weiterführende Komposition gemessen das Gehör des Publikums um- und weiterzubilden mußte oder aber ob Schreker vielleicht wirklich schon die Grenzen der Kunstform berührt, um die es sich in erster Linie handeln muß. Da gerade der letzte Akt mit einer gewissermaßen rein intellektuellen Klarheit zum Nachdenken über Musik und Musikdramatik bringt, bleibt so ein zwischenschwebendes Musikdramatik ohne die Möglichkeit reinen Genusses zurück. Die Handlung geht von volkstümlich-ballettanmäßigen Motiven aus. Ein junger Musiker reißt sich von der Geliebten los, um ganz frei zu sein, nur den „fernen Klang“ zu ergreifen und zu gestalten, der ihm vor der Seele schwebt. Das Mädchen aber soll unmittelbar noch seinem Abschied an den Nachbarswirt verpackt werden, bei dem der Vater tief in der Kreide sitzt, wobei der Wert sich selbst als ein gemütsvoller Geschäftsmann erweist. Sie flieht ebenfalls in die weite Welt, wird aber in ihrer Verlassenheit zur Dirne. Als solche trifft sie nach Jahren der Mühsal wieder, ohne sofort die Wandlung ihres Schicksals zu erkennen, um sie im Augenblick, als ihm darüber die Augen geöffnet, zurückzuführen. Aber die Erinnerung an die Jugendjahre und noch mehr das Schuldgefühl wegen dieser Klagen

öffentlich) Kurzarbeitern dieser Art wurde teilweise auch die Weitervericherung in ihrer bisherigen Klasse der zuständigen Krankenkasse freigegeben. Ganz abgesehen von der Mehrarbeit, die den Krankenkassen durch die häufigen Ummeldungen bei wechselnder Kurzarbeit und Vollarbeit erwachsen würden, bedeutet diese Ablehnung der Übernahme des Krankentagesbeitrages durch die Gemeinde für die betroffenen Arbeitnehmer eine außerordentliche Härte, falls sie in einer Periode der Kurzarbeit gezwungen sind, die Leistungen der Krankenkasse in Anspruch zu nehmen.

In Berücksichtigung dieses und mancher anderen Grundes hat der Minister für Volkswirtschaft unterm 20. September folgende Entschlüsse gefaßt: „Soweit die Voraussetzungen des § 12g der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung der Verordnung vom 14. Mai 1923 gegeben sind, ist der Wehrbeitrag an Wehrbeiträgen für Kurzarbeiter auch dann aus der Erwerbslosenfürsorge zu bezahlen, wenn der Kurzarbeiter aus irgend einem Grunde, also insbesondere wegen der Höhe seines Lohnes keine Kurzarbeiterunterstützung bezieht.“ Sollten trotzdem einzelne Gemeinden oder ihre ausführenden Organe auch weiterhin noch Schwierigkeiten in dieser Beziehung machen, dann dürfte es sich empfehlen, sie auf diesen Wehrbeitrag zu verweisen, der unter dem Aufzeichen I. B. XIV. Nr. 8923 durch den Regierungspräsidenten zu Breslau als Demobilisierungskommissar ergangen ist.

Ein Marktbrot 48 Millionen Mark! Infolge der weiteren Kohlenpreiserhöhungen stellen sich die Preise für das Marktbrot von heute, 12. d. M. ab, wie folgt: Ein Pfund Marktbrot 12 Millionen Mark, eine Semmel von 100 Gramm Teiggewicht 2,8 Millionen Mark. Die Preise für das Marktmehl bleiben unverändert.

Die Preise für marktfreie Badwaren sind von den Bäckern von heute ab wie folgt veranschlagt: Ein Pfund helles Brot 105 Millionen Mark, ein Pfund dunkles Brot 95 Millionen Mark, eine marktfreie helle Semmel (75 Gramm Teiggewicht) 20 Millionen Mark.

Der Zuckerpreis im Kleinhandel ist von der Zuckerwirtschaftsstelle je nach der Ortslage auf 63 bis 64 Millionen errechnet worden.

Die Kohle ist seit gestern von 1218 400 000 auf 2521 100 000 Mark hinaufgemindert worden. In vierundzwanzig Stunden hat sich also der Preis verdoppelt. Der Magistrat teilt die neuen Preise im Anzeigenblatt mit, die wir dem Wirten des Kohlenhandels zu verdanken haben.

Die wuchernde Molkerei. Während gestern die Milch in manchen Geschäften noch für 17 Millionen, in anderen zu 24 Millionen zu haben war, kostete sie in den Geschäften, die von der Breslauer Molkerei beliefert werden, bereits 50 Millionen Mark. Die Inhaber waren verpflichtet worden nicht unter diesem Preise zu verkaufen. Hoffentlich wird auch dieser Fall von den Behörden registriert, denn einmal muß doch mit der Breslauer Molkerei sehr energisch geredet werden.

Für die Zeit vom 12. bis 14. Oktober ist nun der Milchpreis wie folgt festgesetzt worden: Erzeugerpreis 71 423 571 Mark, Molkereipreis 75 000 000 Mark, Großhandelspreis 87 142 857 Mark und Kleinhandelspreis 92 857 142 Mark. — Im Grab ist Ruh für weitere arme Kinder!

Wuchererpolizei. Heute früh waren die Zufahrtswege nach Breslau von Milchhändlern besetzt, die allen Bauern, die Milch nach Breslau brachten, einschärften, nicht unter dem „Tagesprose“ von über 90 Millionen zu verkaufen. Landwirte berichten uns mit Enttäuschung von diesem Händlerertrotzen. Kann die Polizei dagegen nichts tun?

Goldpreise für Kartoffeln. W.B. meldet: In einer Besprechung am 11. Oktober beschäftigten sich die zuständigen Behörden im Beisein des gegenwärtigen Militärbehördenleiters für Schlesien, Generalleutnant Halle, und in Anwesenheit von Vertretern der Landwirtschaft und des Kartoffelgroßhandels mit der Frage der Kartoffelversorgung der Städte. In den Verhandlungen wurde auf die außerordentliche Notlage hingewiesen, die durch den Kartoffelmangel für die Versorgung der städtischen Bevölkerung entstanden ist. Die Landwirtschaft machte auf die Schwierigkeiten der Kartoffelerzeugung infolge des häufigen Sinkens des Geldwertes und der ihr daraus erwachsenden Verluste aufmerksam. In der Festlegung eines wertbeständigen Kartoffelpreises auf der Höhe von 1,60 Goldmark bis 1,80 Goldmark wurde ein Abhilfemittel erblickt. Auch die Vertreter der Landwirtschaft setzen diesen Preis als angemessen an und erklärten, daß damit ihren Wünschen auf wertbeständige Bezahlung Rechnung getragen würde. Angesichts

des, in dem er sie endgültig ihrem Schicksal überließ, verließ ihn nicht. Sein großes Wert schätzte ihm, und erst als die einzige Geliebte, die keinen Wuchererfolg als unbetannte Zukunftsleiter miterlebt hat, sich wieder zu ihm findet, hört er noch einmal jenen fernen Klang, dem er das ganze Leben lang nachjagte, um im selben Augenblick in ihren Armen zu sterben.

Man sieht: die Gestaltung der Volkswirtschaft von der unerfüllbaren Künstlersehnsucht und der verlassenen Geliebten streift mitunter die Kinofilm. Damit mag der ausgesprochen illustrative Charakter der Musik zusammenhängen, die niemals die Stimmung einer Szene etwa im leitmotivischen Kraft zusammenzufassen sucht, die dafür aber zum Teil ein in sich abgeschlossenes Ganze neuerlicher Klangreise zu bieten vermag. Wir können hier nur darauf verweisen, wo die Problematik solcher Kunst beginnt, ohne selbst eine endgültige Stellungnahme dazu zu wagen.

Den überaus schwierigen technischen Aufgaben der Auf- führung zeigte sich andere Oper unter der sorgfältigen Führung von Kapellmeister Heßlich voll gewachsen. Die weibliche Hauptrolle hatte in Violetta Stroggi eine schauspielerisch, gefungensfähig und musikalisch gleichmäßig hervorragende Sopranistin und auch Herr Witt als ihr männlicher Gegen- spieler war schauspielerisch auf der Höhe und doch musikalisch eine sehr achtbare Leistung. In den kleineren Rollen waren besonders bei Herrn Groß, Neumann, Rudow, Wilhelm und Wittkopf hervor, doch war auch keine der anderen Ensembleleistungen ein Verhängnis, und das Gesamtspiel war die Wirkung der zum Teil ganz rechtzeitigen Orchesterleistungen mindestens ein Zeichen gründlicher Einübung.

Schluss des Programms gestanden hätte. Dreiviertel des Abends gab einen etwas akademischen Mozart, eine Zusammenstellung, die eher für den kleinen Raum und das intime Publikum einer musikalischen „Akademie“ des achtzehnten Jahrhunderts als für den modernen Symphonie-Konzertsaal mit feiner gesellschaftlich zusammenhängenden Zubehörmasse paßte. Herr Fischer bot auf der Flöte eine Virtuosenleistung von hohem Rang, die Sopranistin Frau Kirchner aus Leipzig löste dagegen ihre Aufgabe von umfangreicher Tonlage nur unter Ber- sichtigung auf eine ausbruchsvolle Durchgestaltung aller Einzelheiten, der wohl nicht von ihr selbst gewählten Art. Die Webergabe der schönen Jupiter-Symphonie durch das bewährte Orchester unter Professor Dohrn hielt sich auf der gewohnten beträch- tlichen Höhe.

Thespistarren-Kammerspiele in Bries. Das Brieser Stadttheater hat unter seiner neuen Direktion von Alexander Kunge eine grundlegende künstlerische Veränderung erfahren. Die Thespistarren-Kammerspiele haben dort ihren Einzug gehalten. Wie wir zu sehen Gelegenheit hatten, ist in diesem Ensemble ein Mittelbeobachter von Darstellern tätig, der auch auf künstlerische Qualität Anspruch erheben darf. Unter den bisherigen Aufführungen ist Herbert Hauptmann mit „Gabriel Schüllings Nacht“ und Henck Wöhl mit „Schpenster“ vertreten. Ein Aufführungspunkt steht Werte von Erich Smith, Karl Reich, Albert Bernheim, Savary, Hermann Hög, Jakob Scherel und Arthur Ernst Kuita vor. Von den Klavieren weiß der Spielplan Werte von Goethe, Gräbe, Kleist, Höpfer, Schiller, Shakespeare auf. Unter den modernen Schauspielen sind die Autoren Blöndin, Richard Dehmel, Bruno Frank, Gerhart Hauptmann, Karl Hauptmann, Herrck Wöhl, Fontanarosa, Arthur Schnitzler, Wilhelm v. Schöb, August Strind- berg, Guard Studen und Franz Weidkind vertreten. Komödien und Lustspiele von Paul Appel, Max Brod, Ludwig Julius, Kurt Gock, Otto Himmert, Franz Herzig, Franz Kolmar, Bernhard Shaw, Georg Kaiser, Karl Sternheim, Karl Tietz und Oscar Wilde weiß der Spielplan des weiteren an. Die Entstellungen der Kammer- spiele sind durchaus künstlerischer Qualität und herabsetzen in der eigenen Hoffnung, daß das Brieser Theater als eine Kleinodlinie für die Zukunft angesehen auf eine und

Konzerte. Samstagabend im Dreiflüßertheater. Das erste Abonnementkonzert des Dreiflüßertheaters brachte einen Mozartabend. Zwei Symphonien, eine Arie mit Orchesterbegleitung und ein Klavierkonzert mit Orchester gaben ein quantitativ sehr reichhaltiges Programm, doch wäre die Aus- wahl wie Aufstellung für den

Die Unterstüzungsjäge für Erwerbslose ab 3. 10. — 9. 10. ab 10. 10. — 16. 10. (bisher. Geh.) (neuer Geh.) täglich (neuer Geh.) täglich in Millionen Mark

Table with 2 columns: Category and Amount. Rows include: 1. Männliche Personen: a) über 21 Jahre, b) über 21 Jahre, c) unter 21 Jahren; 2. Weibliche Personen: a) über 21 Jahre, b) über 21 Jahre, c) unter 21 Jahren; 3. Familienzuschläge: a) für den Ehegatten, b) für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige.

dieser Sachlage ist zu erwarten, daß die Kartoffelversorgung der Städte nunmehr in Fluß kommt. Der Oberpräsident und die anderen Behördenvertreter erwarten auf das Bestimmteste, daß die Land- wirtschaft sich die Versorgung der städtischen Bevölkerung Schließens ernsthaft wird angelegen sein lassen.

Vom Arbeiter-Bildungsausschub. Arbeiterkinderfreunde!

Am kommenden Sonntag sind von zwei Gruppen die letzten Herbstwanderungen. Gruppe 1, Ohlauer Tor, trifft sich mit ihren kleinen Freunden um 8 Uhr am Wehstapfplatz. Größchen findet sich um 8 Uhr Brandenburgerstraße, Ecke Rheidigerstraße, ein.

Am Sonnabend beteiligen wir uns geschlossen an dem Kinder- lichtschnapshot im Gemerkschaftshaus. Die Gruppen treffen sich und gehen gemeinsam zur Veranstaltung. Gruppe 1: Ohlauer Tor, 5 1/2 Uhr, Wehstapfplatz. Gruppe 2: Scheinweg, 5 1/4 Uhr, Brausebad. Gruppe 3: Viktoriastraße, 5 1/4 Uhr, Matthiasstr., Ecke Oelsnerstr. Gruppe 4: Nikolaitor, 4 1/2 Uhr, Wehstapfplatz. Gruppe 5: Größchen, 5 Uhr, Sonnenplatz. Gruppe 6: Feldkirchhof, 5 Uhr, Feldkirchhof. Gruppe 7: Steinschule, 5 Uhr, Salmatorplatz.

Der Eintrittspreis von 300 000 Mark, eine so geringe Summe sollte doch jeder Mutter und jedem Vater für seinen kleinen Sohn oder Töchterchen nicht schwer fallen, zu zahlen. Zur Sonntagswanderung kostet es kein Geld. Wir sind zeitig wieder heim.

Die Unterstüzungsjäge für Erwerbslose

Table with 2 columns: Category and Amount. Rows include: 1. Männliche Personen: a) über 21 Jahre, b) über 21 Jahre, c) unter 21 Jahren; 2. Weibliche Personen: a) über 21 Jahre, b) über 21 Jahre, c) unter 21 Jahren; 3. Familienzuschläge: a) für den Ehegatten, b) für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige.

Bezahlter Viehwucher. Das Polizeipräsidium meldet: Dem gestern auf dem Vieh- markt tagenden Marktgericht führte die Wucherpolizei einen Vieh- händler aus Groß-Lina, Kreis Kempten, vor, der wegen Preis- treiberei mit fünf Stück Rindvieh zu 75 Millionen und 20 Mil- lionen Mark Geldstrafe oder 190 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Daneben wurde auf öffentliche Bekanntmachung des Urteils durch einmalige Einrückung in die „Volkswacht“ und 14tägigen Aushang auf dem städtischen Schlachthof erkannt.

Amlicher Wetterbericht. Durch das Zusammenstoßen kühler, feuchter, ozeanischer Luft mit der wärmeren über dem Festlande ist über Mitteleuropa ein ausgebreitetes Regengebiet entstanden. Dasselbe verschiebt sich südostwärts. Einige Unwet- tereiten der nördlichen Zyklogen wandern ostwärts und bringen uns noch vorübergehende Niederschläge. Freitag: Meist bewölkt. Vereinzelt Niederschläge. Etwas kühler bei mäßigem bis stärkerem westlichen Winde.

Die Bromarten-Ausgabezeiten werden am Sonnabend, den 13. Oktober, nachmittags 2 Uhr geschlossen, da Brot und Mehl auf Marken nach dem 14. Oktober nicht mehr verteilt wird.

Der Umrechnungssatz für die Landabgabe beträgt in der Zeit vom 13. bis 16. Oktober für 1 Goldmark 243 000 000 Mark.

Die Breslauer Volkshöhne bringt als nächstes Stück im Lobe-Theater die bisher in Breslau noch nicht gespielte Komödie „Der Teufelskerl“ von Bernhard Shaw her- aus. Der ersten Aufführung dieses Stückes am 5. November wird am Sonntag, dem 4., eine Markgenfeier vorausgehen als Einführung in das Schaffen des Dichters, für die als Redner der belannte Berliner Dramaturg Julius Sab gewonnen werden soll.

Ein Epicerantokratias für Arbeiterjugend will der hiesige Arbeiter-Epicerantistenbund bei genügender Beteiligung veranstalten. Die Wahl des Tages soll sich nach dem Wunsch der meisten Teilnehmer richten. Nach Bedarf denkt man auch an zwei Kurse. Meldungen interessierter Jugendlicher nimmt das Jugendsekretariat entgegen.

Invalidenversicherung.
Vom 1. Oktober ab sind an Beitragsmarken zu verwenden:
bei einem Jahresarbeitsverdienst von:

Table with columns: Lohnklasse (weniger als, von über, etc.), and corresponding contribution amounts.

Zur Ermittlung des Jahresarbeitsverdienstes ist der Arbeitsverdienst für den Kalenderbergang zu ermitteln und mit 360 zu dividieren.

Die Festsetzung der Beiträge auf das Nehtsdache des vor dem 1. Oktober 1923 geltenden Normwertes ist bedingt durch die in letzter Zeit sprunghaft fortgeschrittene Gehaltserhöhung und durch die in Zusammenhang damit erforderliche Erhöhung der Erwerbszulagen zu den Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten auf je 100, 80 bzw. 50 Millionen Mark monatlich.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Invalidenversicherungbeiträge nach den obigen Sätzen in Hundertteilen des Arbeitsverdienstes berechnet an die vor dem Kriege erhobenen Beiträge bei weitem nicht heranreichen. In analoger Anwendung des § 1439 der Reichsversicherungsordnung werden die Arbeitgeber berechtigt sein, den Verfallenen die Mehrbeiträge an Beiträgen, die für Zeiten vor dem 1. Oktober 1923 noch zu verwenden sind, ebenfalls bei der nächsten Lohnzahlung einzubehalten.

Beschwerden sind gemäß § 1459 a. a. O. an das zuständige Versicherungsamt zu richten.

Die Festsetzung der Beiträge mit Beitragsmarken zur Invalidenversicherung gehört nicht zum Aufgabengebiet der Landesversicherungsanstalten. Wenn sich aus der Anwendung der ministeriellen Verordnung vom 20. September 1923 ergeben, so fallen diese der Landesversicherungsanstalt Schlesien nicht zur Last.

Vertrag der Arbeitgeber glaubhaft nachzuweisen, daß er die vor dem 30. September fällig gewordenen Beitragsmarken nicht erwerben konnte, weil sie bei der Post nicht käuflich waren, so ist die Landesversicherungsanstalt Schlesien bereit, diese Beiträge unter Beachtung der zurzeit der Fälligkeit geltenden Lohnstufeneinstellung zum nächsten Werte anzurechnen. Anträge auf Uebertragung solcher Beiträge sind unter Beifügung des erforderlichen Nachweises (Becheinigung der Postanstalten usw.) und der Quittungskarten der Versicherter sowie unter gleichzeitiger Einzahlung des Gegenwertes für die fehlenden Beitragsmarken an die zuständige Kontrollstelle der Landesversicherungsanstalt Schlesien zu richten.

Auf Beitragsrückstände aus der Zeit vor dem 20. August findet diese Vergünstigung unter keinen Umständen Anwendung.

Gewerbe-, Kaufmannsgerichts- und Schlichtungs- Auswahlgewinn.

In einer gemeinsamen Sitzung der Beisitzer des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts und des Schlichtungsausschusses sprach Genosse **Wierlich** über die wichtigsten Bestimmungen des Tarifvertrages unter besonderer Berücksichtigung der Verhandlungen vom 23. Dezember 1918 und 12. Februar 1920 und die diesbezügliche Bedeutung der „Industriefach“. In hochgehenden Ausführungen behandelte der Redner die einzelnen gesetzlichen Bestimmungen, besonders im Hinblick auf die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse, und war so in der Lage, manchen in Arbeitnehmertreue herrschenden Irrtümern entgegenzutreten. In der sich anschließenden regen Aussprache wies Kollege **Kremler** besonders auf eine Unrichtigkeit des hierigen Gewerbeberichtes hin, wonach die Gewerbesteuer erst vom Tage der Einreichung der Klage herabhaftig wird, und wozu es sich also dringend empfiehlt, Klagen umgehend anhängig zu machen. Nach dem Schlusssatz des Kollegen **Wierlich**, in welchem er verschiedene Anregungen der Diskussionsredner aufgriff, folgte noch unter Punkt „Berchibedenes“ eine Besprechung von Fällen aus der Praxis.

Es ist leider auch diesmal wieder nötig, darauf hinzuweisen, daß das Interesse der Beisitzer an den Verhandlungen größer sein könnte. Jeder Beisitzer muß die Gelegenheit regelmäßig wahrnehmen, um neue Erörterungen in den Sitzungen zu sammeln. Diese finden ohne vorherige persönliche Einladungen regelmäßig jeden ersten Freitag im Monat statt.

Kollektionsstätte Breslau, Rene Gruppenstraße 5, Eingang durch die Buchhandlung. — Die Sonderausstellung **Georg Kretsch** läuft nur noch bis zum Freitag, den 12. Oktober, geöffnet. In der Woche vom 13. bis 19. Oktober wird die neue Holzschmittenze **„Kette“** von Rätche Kollwitz ausgestellt sein, sowie andere großartige Arbeiten der Künstlerin. Der Eintritt ist frei.

Kinder an der Ober. Fast täglich kann man an der Uferstraße beobachten, daß Kinder die Uferböschung als Spielplätze benutzen. Das Betreten der Böschungen ist nicht nur verboten, sondern auch sehr gefährlich. Erst am 4. Oktober sind drei Knaben beim Spiel in das Wasser gestürzt. Von ihnen sind zwei gerettet worden, während der dritte ertrank. Eltern und Erzieher werden um entsprechende Belehrung der Kinder ersucht.

Gerichtliches.

Die gestohlene Kirchenglocke.

Aus dem Glockenstuhl der katholischen Kirche in Kobornitz wurde im November v. J. die 32 Kilogramm schwere Bronzeglocke gestohlen und an Ort und Stelle in keine Stadt gekommen. Den Dieb zu ermitteln, war nicht möglich, doch wurde einige Tage nach dem Diebstahl ein junger Mensch mit einem Wagen angetroffen, der nach Ungarn wollte. Auf diesem Wagen befand sich ein Sack mit Metallschrot und es stellte sich heraus, daß es sich um die gestohlene Glocke handelte. Daß der junge Mensch, es war der früherer Knecht aus Kobornitz, die Glocke gestohlen hat, ließ sich nicht zweifeln. Er stand aber jetzt vor dem Sperrgericht, um sich wegen Hehlerei zu verantworten. Er sagt, ein unbekannter Mann habe ihm geboten, den Sack mit nach Breslau zu nehmen, wo er 200 Mk. bekommen sollte. Das Gericht hat der Ansicht, daß er behauptungsmäßig hätte sein müssen, da er zum solchen Unternehmen überhaupt keine Mittel gehabt hätte, er hat die Glocke für 250 Millionen Mark Geißelraße.

Mus Schlesien.

Reise. Preisprüfungsstelle. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Warmbrunn tagten im Stadthaus die Vertreter der politischen Parteien, Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung und Presse und gründeten eine Preisprüfungsstelle, welche jeden Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, eine Sitzung abhalten wird. Leiter derselben ist Bürgermeister Dr. Warmbrunn und die Stabsarztstuhl führt Stadtrat Mordze. Für besondere Fälle sollen Sachverständige zugezogen werden. Die Presse ist ständig zu den Sitzungen eingeladen. Für die Verteidigungskommission Stadt und Land, für die die Vertreter des Landfreies schon bestimmt sind, wurden die des Stadtfreies gewählt. Die Einladung zu der ersten Sitzung wird demnächst durch Landrat von Everts erfolgen. Zum Schluß konstituierte sich die Preisprüfungsstelle, welche im kommenden Winterhalbjahr die Unterweisung der minderbemittelten Bevölkerung in die Wege leiten soll. Die Mitgliedschaft an funderbürtigen Familien, Kranke und des Alter wird schon in den nächsten Tagen beginnen. Für die Kartografievereinigung sind die Vorbereitungen ebenfalls getroffen. Gemeldet wurde, daß Beiträge von Sammlungen möglichst dem Fürsorgeamt übermittelt werden sollen, damit die Aktion eine einheitliche wird.

Reise. Vor dem Schergericht wurde gegen den Grubenarbeiter Johann Konusch aus Schlegwitz wegen Körperverletzung mit Todesgefahr verhandelt. Der Angeklagte arbeitet auf der Sossniggrube in Hindenburg und ist nur Sonnabend und Sonntag zu Hause. Am 23. Januar dieses Jahres wurde ihm ein Mädchen geboren, dessen Vaterlosigkeit er in Abrede stellte. Das eheliche Verhältnis war daher das denkbar schlechteste. Er ergab sich dem Trunk und mißhandelte dann Frau und Kind. Am 23. Mai dieses Jahres hatte der Angeklagte in Abwesenheit seiner Frau das Kind derartig mißhandelt, daß es bemüht wurde und trotz der künftigen Ängste verstarb. Dieser hatte den Eindruck, daß die Mißhandlung die Ursache war. Die Section der Leiche bestätigte, daß diese Annahme gerechtfertigt war. Der Angeklagte besitzt die Mißhandlung, das Kind soll aus Versehen mit dem Kopf gegen den Boden geschlagen haben, während er es auf dem Arme hielt. Er wurde aber auf Grund der Beweisaufnahme für schuldig erklärt und zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

! Stoffe für Mäntel auf Teilzahlung !
Anzüge für Mäntel auf Kostüme
ohne Aufschlag auch bei Geldentwertung, also fester Papiermarkpreis!
Lohest. 15

Ziegenhäls. Seltene Pflanzen und Mineralien beherbergt unsere Umgegend. So ist auf den Wiesen die giftige Herbstzeitlose, auf den Bergen der Kellerkohl (Daphne mezereum), bei dem die Blüten stets eher als die Blätter an den Zweigen erscheinen, und die vierblättrige Paris quadrifolia zu finden. — In einer Sandgrube am Jolkhanz an der Kiltasborer Straße findet man den Bergkristall und etwas weiter aus den Jitrin, den gelben Bergkristall. In einigen alten Stellen des Holzberges sieht man rotes Gold an den Wänden glitzern. Das Muttererzgebirge, zu dem der Holzberg gehört, enthält bekanntlich Gold, wenn sich auch bisher der Abbau bei den heute bekannten Verfahren nicht gelohnt hat.

Landeshut. St. Sarcrotrismus. Die Armenverwaltung unserer Stadt benötigt anheimelnd bringen Geld, denn anders wäre es nicht zu verstehen, daß sie in einem mit 2 Millionen Mark finanziert Briefe von einem hiesigen Bezirksvorsitzer die Zurückerstattung von — hundert Mark veranlagter Armenunterstützung verlangt. Jeder weitere Jubel ist hier wohl überflüssig.

Neinzer. Bau einer Talperre? Der Magistrat steht in Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten wegen Errichtung einer Talperre oberhalb der Schmelze zum Zwecke der Erzeugung elektrischer Energie. Die Provinzbehörden stehen dem Projekt wohlwollend gegenüber.

Arbeiter-Sport

Kabball.

Serienpiele am Sonntag, den 21. Oktober.

Table listing Kabball series games between A-Klasse I and II and B-Klassen, including teams and players.

Table listing youth teams (Jugendmannschaften) in A-Klasse and B-Klasse, with names of teams and players.

Berichtigung: Sonntag, den 14. Oktober, Strehlen I, Schwofisch I, Kühnel, Weiz, Woblaw I, Jugend — Dels I, Jugend Sagame, Union.

Handballer des 1. Bezirks, 14. Kreis, Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Beginn 14. Oktober.
Zeit Spielfeld Mannschaften Schiedsrichter
2—3¹⁰ Gandaub Freiheit-Poleidon I (5. u. 1. Abt.)
3¹⁵—4²⁵ Gandaub Frei Heil—6. Abt. Fr. I. (Fr. I.)
2—3¹⁰ Dsm. Wiese Frei Heil Jgd.—1. Abt. Jgd. (Freiheit) I
3¹⁵—4²⁵ Dsm. Wiese 5. Abt. Fr. I.—Poleidon II (6. Abteilung)

Arbeiter-Kart für Sport und Körperpflege. Am Samstag den 19. Oktober, abends 8 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses ein antimilitaristischer Vortrag mit Lichtbildern statt. Der Besuch derselben ist allen Sportgenossen und Sportsportgenossen nur zu empfehlen. Um 5 Uhr findet in demselben Saal ein Lichtbildvortrag für Kinder statt. Außerdem wird gegeben eine „Wanderung von Turnern im „Wanderer-Verlag“. „Mit was man nicht spielt“ usw. Auch hier können wir unsere Kindern und Jugendlichen den Besuch nur empfehlen, zumal der Eintrittspreis sehr niedrig bemessen ist. Eintrittskarten in der Volkswacht-Buchhandlung und durch W. Friedrich, Wilbenbruchstraße 2, täglich, sowie an der Abendkasse.

Freie Turnerschaft Breslau. Die am 24. September ausgetragene Sitzung findet bestimmt am 15. Oktober, abends 8 Uhr, in der Turnhalle Böhmer Straße statt. Es ist unbedingt notwendig, daß jede Abteilung vertreten ist. Sonntag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, Lehrstunde für Turnern und der 1. Mädchenriege, Turnhalle Böhmerstraße. Keulen mitbringen. Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 8 Uhr, Lehrstunde für Männerturner, Turnhalle Böhmerstraße, 1. Männer-Abteilung. Der Beitrag beträgt ab 1. Oktober den Gegenwert für 1 Kubikmeter Gas.

A.S.-B. Poleidon. Freitag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, lehrstündliche Versammlung. Handballmannschaften pünktlich erscheinen. Der Sportwart.

Abteilung D. K: Heute Abend, pünktlich 7 Uhr. Zusammenkunft aller D-Mitglieder, Schüler, Jugend und Erwachsene bei Voebel, Ofenerstraße 6.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Sonntag, den 14. Oktober, nachmittags 4 Uhr, begeht der Verein sein 27. Stiftungsfest im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses, verbunden mit Konzert, Gaillard und Tanz. Bei dieser Gelegenheit wird an das 30jährige Bestehen unseres Bundes gedacht werden. Zugleich wird nochmals betont, daß diesjährige Feier nur im engsten Kreise unserer Mitglieder stattfinden und das Mitgliedsbuch als Ausweis unbedingt mitgebracht werden muß. Nähere Auskunft bei den Abteilungsleitern bis Sonntag, Vorkammsmitglied, Sonnabend, abends 7 Uhr, im Fahrradklub „Reich auf“.

Touristen-Verein „Naturfreunde“. Natur- und Heimatfestschritt heute Abend aus. Sonntag, den 14. Oktober, Treffen im kleinen Döller Ortsgruppe zur Schnitztag. Abfahrt 6⁰⁰ Uhr. 5¹⁵, 6³⁰ Uhr, Odet.-Hof, bis Schörlau. Sonntagstafel gilt nur vor Odet.-Hof, Dienstag, den 18. Oktober, Vortrag: Studien Dr. Unger über: „Wanderungen durch das historische Schlesien“.

Arbeiter-Schachverein Breslau. Montag, den 15. Oktober, findet abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus unsere Quartalsversammlung statt. Zimmer laut Tafel. Alles muß pünktlich erscheinen.

Arbeiter-Samariter. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Genosse Härblich den Vorsitz der Kolonne wieder übernommen hat — Freitag, den 12. Oktober, abends 7 Uhr, wichtige Vorstandssitzung in der Nachstube des Gewerkschaftshauses. Der Vorstand.

Breslauer Produktienbörse vom 11. Oktober.

Table showing market prices for various agricultural products like grain, oil, and meat.

Antliche Kottierung für Mählerzeugnisse für 100 kg. (In Tausenden)

Table showing market prices for hay, straw, and other agricultural products.

Bereinskalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Bauhilfswerk. Freitag, den 12. Oktober, abends 6 Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses: Außerordentliche Versammlung. Stellungnahme zum Lohnschiedspruch.
— **Goldarbeiter.** Die Versammlung am 15. Oktober fällt aus und findet am Dienstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Zimmer des Gewerkschaftshauses statt.
Baugewerksbund; Bauergewerkschaft Breslau. Fachgruppe der Bauhilfsarbeiter. Sonntag, den 14. Oktober, abends mittags 10 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses: General-Versammlung. Die Gruppenleitung.

Advertisement for **Richard Strauß**, mentioning his age and location.

Die Finanzklasse Breslau-Nord besteht am 12. Oktober 1923 ihre neu eingerichtete Sitzung im Saal für den Hof 9...

Advertisement for **Penibronche Tischn** by **Woffmann**.

Advertisement for **Neue Holzkolle für Kohlen und Breckeln**.

Advertisement for **Zeitungsträgerinnen**.